Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 174 — 88. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 29. Juli 1929

Die Haager Konferenz.

Über der kommenden Konferenz, auf der die endgültigen Beschlüsse über den Young-Plan gefaßt werden sollen, stand von Anfang an ein ungünstiger Stern. Erst hat man sich Wochen und Wochen darüber herumgestritten, wo sie stattfinden soll, und damit zunächst erreicht, daß sie nicht, wie vorgesehen, schon Mitte Juli eröffnet werden konnte. Und nun kommt als zweites die schwere Erkrankung Poincarés, die französische Kabinettskrise. Vom französischen Standpunkt aus gesehen spricht eine gewisse Tragik daraus, daß es Poincaré nicht beschieden ist, seinen Wunsch, auf der Konferenz zu präsidieren, nun wirklich durchzusetzen. Aber wir Deutsche haben keine Veranlassung, darüber sehr traurig zu sein; denn in ihm müssen wir Deutsche den Hauptwidersacher der von uns angestrebten Gesamtliquidierung des Krieges sehen. Durch sein Fernbleiben wird sich freilich an der sachlichen Einstellung Frankreichs zu all den zwischen den beiden Ländern schwebenden Problemen nicht allzuviel ändern; auch Briand ist eben und vor allen Dingen Träger der französischen Interessen, so wie er sie auffaßt und wie auch die Mehrheit der Kammer und des Senats sie sich vorstellt. Aber er ist nicht so tief in die deutschfeindlichen Gedankengänge verstrickt wie Poincaré. Die Schwierigkeiten, mit denen Poincaré in den letzten Wochen zu kämpfen hatte und deren Bewältigung ihm gesundheitlich wohl den Rest gegeben hat, sind rein innenfranzösischer Natur, haben mit der Regelung des Verhältnisses zu Deutschland unmittelbar nichts zu tun, und Briand hat sich auch jetzt wieder in seiner Rede im Senat die Hände völlig frei gehalten, betonte ausdrücklich, daß die Rheinlandräumung eine interalliierte Frage sei, Deutschland aber ein Recht habe, sie auf das Programm der kommenden Konferenz zu setzen.

An der ersten Stelle dieser Tagesordnung wird nun der Young-Plan stehen. Jedoch wird es nicht bloß darüber zu einer Debatte und zu einem Beschluß kommen, ob der Plan nun angenommen wird oder nicht, sondern es handelt sich dabei noch um eine Reihe weiterer Fragen, die im Young-Plan selbst noch nicht gelöst sind, sondern ausdrücklich wegen ihres stark politischen Charakters in Paris der Entscheidung durch die Konferenz der Politiker vorbehalten worden sind. Eine davon, nämlich die Frage der belgischen Markforderungen, ist inzwischen geregelt worden, dieses Sonderabkommen wird gleichzeitig mit dem Young-Plan in Kraft treten. Anderes, wie namentlich das durch das sonderbare englische Verhalten besonders brennend gewordene Problem der Liquidationen deutschen Eigentums in den Ententestaaten, muß erst noch bereinigt werden. An und für sich ist es ja überhaupt nicht gesagt, daß die Konferenz den Young-Plan so, wie die Pariser Sachverständigen ihn vorschlagen, nun auch annehmen muß. Proteste sind z. B. eingelaufen gegen die Art, wie nun die deutschen Zahlungen unter den Gläubigerstaaten verteilt werden sollen, eine Frage, die uns Deutsche natürlich recht wenig interessiert. Streitigkeiten bestehen außerdem noch über Einzelfragen hinsichtlich der Organisation der Internationalen Bank, wie z. B. darüber, ob ihre Überschüsse auf die deutschen Zahlungen angerechnet werden sollen; des weiteren, was zu geschehen hat, wenn Amerika seinen Schuldnern einen erheblichen Nachlaß gewährt, usw.

Genau so wie in London 1924, als auf der dortigen Konferenz der Dawes-Plan zur Debatte stand und wochenlange Auseinandersetzungen darüber stattfanden, wird man im Haag auch über den Young-Plan keineswegs von heute auf morgen zu einer Einigung kommen. Noch schwieriger wird die Behandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung sein, also die Frage der Rheinlandräumung. Hier ergeben sich von zwei Seiten Widerstände gegen die deutsche Forderung, sofort nach einer Einigung über den Young-Plan die Besatzungstruppen aus dem Rheinland, und zwar aus beiden Zonen, zurückzuziehen. Zwar nicht offiziell, wohl aber offiziös und nicht mißzuverstehen will Frankreich und im Verein mit ihm Belgien diese Räumung abhängig machen davon, daß der Young-Plan nun „funktioniert“, aber nicht etwa nur in dem Sinne, daß die in ihm festgelegten deutschen Zahlungen prompt geleistet werden, sondern, daß sich auch die Absicht einer „Mobilisierung“ dieser Zahlungen verwirklicht. Darauf kann sich Deutschland unmöglich einlassen, da das „Ob“ und „Wann“ dieser Mobilisierung von Deutschland gänzlich unabhängig und sonst auch ganz unbestimmter Natur ist. Und die zweite Bedingung, die gleichzeitig als dritter Punkt auf der Tagesordnung steht, ist die Schaffung der Kontrollkommission im Rheinland. Dem Buchstaben nach — und Frankreich wird sehr fest auf ihm bestehen — dürfte man im Haag auf der Gegenseite die Bildung einer solchen Kommission, freilich unter einem sehr viel harmloseren Namen, unbedingt verlangen. Aber nie und nimmer kann deutscherseits dem zugestimmt werden, daß diese Kommission über den 10. Januar 1935 hinaus in irgendeiner Form am Leben bleibt. Dem Geiste nach würde eine solche Kommission auch jetzt schon dem Willen widersprechen, die von Deutschland erstrebte Gesamtliquidierung des Krieges, nicht zuletzt in der Saarfrage, herbeizuführen. Der deutsche Außenminister hat bereits angekündigt, daß er auf der Konferenz auch diese Frage zur Sprache bringen wird, aber wir haben wenig Hoffnung, daß er dabei auch nur den geringsten Erfolg erzielen wird. Und wenn man schließlich noch hört, daß bei Beratung des Young-Planes von englischer Seite auch das ganze Problem der Sachlieferungen aufgerollt werden wird, so kann man erstens feststellen, daß es der Konferenz an wichtigstem und folgenschwerstem Beratungsstoff nicht fehlen wird, und ferner, daß selbst bei gutem Willen und ohne daß neue Schwierigkeiten entstehen, den Delegierten im Haag eine wochenlange Arbeit bevorsteht, — Pessimisten behaupten sogar, daß die Dauer der Konferenz eine noch längere sein wird als jene, die die Sachverständigen in Paris zusammenhielt.

Briand über seine zukünftige Politik

Warum Poincaré zurücktrat.

Wegen Krankheit und Überarbeitung.

Der Rücktritt Poincarés von seinem Amt als Ministerpräsident, mit dem er so oft gedroht hat, um die Französische Kammer seinen Wünschen gefügig zu machen, ist jetzt Tatsache geworden. Eine nicht unbedenkliche Erkrankung scheint der politischen Tätigkeit dieses grimmigen Deutschenhassers überhaupt ein Ziel gesetzt zu haben. Nachdem Poincaré seine Mitarbeiter davon in Kenntnis gesetzt hatte, daß er sich einem chirurgischen Eingriff unterziehen müsse und er sich deswegen entschlossen habe, den

Ministerpräsident Poincaré.

Präsidenten der Republik seine Demission zu überreichen, beschloß die Regierung, den Ministern Barthou und Briand den Auftrag zu geben, den Ministerpräsidenten noch einmal aufzufordern, an der Spitze der Regierung zu verbleiben.

Aber dieser Versuch blieb erfolglos und Poincaré blieb bei seinem Beschluß, aus dem Amte zu scheiden. Darauf beschloß das gesamte Kabinett, seinen Rücktritt einzureichen

Poincarés Demissionsgesuch

wird mit seinem schlechten Gesundheitszustand motiviert und mit einem anscheinend notwendigen operativen Eingriff, dem er sich unterziehen muß. Er hat vor einiger Zeit einen Ohnmachtsanfall erlitten. Seine Gattin hat unmittelbar nachher den Außenminister Briand davon unterrichtet, daß Poincaré sich auf einige Wochen werde Schonung auferlegen und auf eine aktive Tätigkeit werde verzichten müssen. Poincaré selbst hatte in einem Schreiben an den Präsidenten der Republik, Doumergue, angekündigt, daß er die Amtsgeschäfte demnächst wieder werde übernehmen können.

Aber in Paris war man in den letzten Tagen darüber unterrichtet, daß der Ohnmachtsanfall des Ministerpräsidenten nicht lediglich auf Überanstrengung zurückzuführen sei, sondern auf ein schwereres organisches Leiden.

Moskau begrüßt den Rücktritt Poincares

Kowno, 28. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, schreibt die „Iwestija“ zu dem Rücktritt Poincares, daß Poincare der böse Geist Europas gewesen sei. Briand werde zu Anfang die Politik Poincares fortsetzen müssen, jedoch würde jedes französische Kabinett die Politik Poincares nicht in derselben Gestalt weiterführen, wie Poincare es bisher selbst getan habe. Die Mehrheit Europas begrüße den Rücktritt Poincares. Für den Frieden Europas bedeute der Rücktritt Poincares einen Erfolg.

Briand bei der Kabinettsbildung.

Zwei Operationen bei Poincaré.

Briand ist vom Präsidenten Doumergue mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt worden. Er hat den Auftrag angenommen und bereits Verhandlungen mit führenden Politikern eingeleitet. Die Presse vertritt den Standpunkt, daß Briand den Versuch machen wird, ein republikanisches Konzentrationsministerium zu bilden, in dem vertreten sein sollen außer den Mittelparteien die Sozialrepublikaner, die Radikalen und die Gruppe Maginot, was ihm eine stabile Mehrheit von rund 40 Sitzen sichern würde. Die Entscheidung darüber, ob eine derartige Kombination durchführbar ist, hängt von der Stellungnahme der Radikalen ab, und zwar vor allem von der Frage, ob Briand zu der alten republikanischen Tradition zurückkehren wird, das Innenministerium, das jetzt von einem Anhänger der Rechten verwaltet wird, einem radikalen Politiker zu übertragen.

„Matin“ macht nähere Angaben über die Krankheit Poincarés. Professor Marion besuchte Poincaré und fand das Allgemeinbefinden des Kranken als für einen chirurgischen Eingriff geeignet, den man bisher verschieben oder vermeiden zu können geglaubt hatte. Marion empfahl zwei Operationen, zunächst eine vorbereitende und dann einige Tage später eine zweite zur Entfernung der Prostata. Poincaré erklärte sich mit diesen Operationen einverstanden.

Der König von England und Macdonald haben Poincaré anläßlich seiner Erkrankung die besten Wünsche für baldige Genesung übermitteln lassen.

Fortsetzung der Wege Poincares

Paris, 28. Juli. Briand wurde am Nachmittag vom Staatspräsidenten Doumergue empfangen. Beim Verlassen des Elyse erklärte er, daß das bisherige Kabinett unter allen Umständen die Grundlage für das zukünftige Kabinett bilden werde, da es eine Niederlage in der Kammer erlitten habe, doch wolle er nach Möglichkeit das Kabinett erweitern. „Ich habe bisher einem Kabinett angehört,“ sagte Briand, „das zu einem ganz bestimmten Zweck gebildet wurde. Unter diesen Umständen ist mein zukünftiger Weg vorgezeichnet. Die bisherige Regierung hat ihren Chef verloren, an dessen Stelle ich nunmehr trete. Ich werde, soweit es in meiner Macht steht, den Weg weiter verfolgen, den das Kabinett Poincare vertreten hat. Ich hoffe, daß es mir gelingen wird, bereits im Laufe des Montag dem Präsidenten der Republik das neue Kabinett vorzustellen. Ich habe gute Gründe für die Annahme, daß maßgebende politische Persönlichkeiten mir ihre Hilfe nicht versagen werden. Ich möchte möglichst viel Kräfte heranziehen, auf die ich bestimmt rechnen kann.“

Probefahrt des „Graf Zeppelin“.

Das Luftschiff glatt gelandet.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Sonnabend früh 5.42 Uhr unter Führung von Dr. Eckener zu seiner ersten Fahrt nach der Rückkehr aus Frankreich aufgestiegen. Außer der Besatzung befanden sich ungefähr 25 Passagiere an Bord. Die Fahrt erstreckte sich auf das Bodenseegebiet. 8.52 Uhr ist das Luftschiff wieder gelandet.

Die Landung gestaltete sich ziemlich schwierig, da starke Luftböen auftraten. Man war gezwungen, sämtlichen Wasserballast abzuwerfen. Während der Fahrt war das Wetter sehr regnerisch und das Luftschiff war dadurch stark belastet worden. Die Motoren waren während der ganzen Fahrt stets auf Höchstleistung eingestellt und arbeiteten vorzüglich, ohne irgendeinen Zwischenfall.

Die Sonntagsfahrt des „Graf Zeppelin“.

Über Stuttgart bis Koblenz.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist wieder mit 25 Fahrgästen an Bord Sonntag früh 7 Uhr 34 bei herrlichem Wetter zu seiner zweiten großen Probefahrt aufgestiegen. Der Aufstieg des Schiffes wickelte sich, nachdem das Schiff um 7 Uhr 30 durch das Westtor ausgefahren war, wieder ausgezeichnet ab. Wenige Meter von der Halle entfernt, begann das Luftschiff sich rasch zu heben. Der schöne sonnige Sonntagmorgen hatte eine Menge Zuschauer angelockt, die vom Gelände und dessen Umgebung aus die Aufstiegsmanöver verfolgten, die unter Leitung Dr. Eckeners vor sich gingen. In rascher Fahrt entschwand „Graf Zeppelin“ in nördlicher Richtung. Der Heckmotor, dessen Gondel bei der wegen des

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF